

Archiviert: Donnerstag, 25. Januar 2024 14:08:32

Von: [REDACTED]

Zeitpunkt des Eingangs der Nachricht: Wed, 17 Jan 2024 22:56:18

Gesendet: Wed, 17 Jan 2024 22:56:16

An: [REDACTED]

Cc: [REDACTED]

Betreff: Endfassung ÄA

Wichtigkeit: Normal

Vertraulichkeit: None

Anhang:

[ÄA BA, Totalverweigerer und Elterngeld.docx](#);

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

hier die Endfassung des ÄA z.K.

Liebe Kolleginnen und Kollegen in LS2, bitte der Vorbereitung für morgen 8 Uhr beifügen.

Danke!

Viele Grüße

[REDACTED]

Hinweis: Ersetzt den bereits vorliegenden Änderungsantrag auf der Ausschussdrucksache 20(8)5783.

**Änderungsantrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die
Grünen und der FDP
- Drucksache 20/9999 -
Entwurf eines Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024**

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags möge beschließen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 20/9999 mit folgenden Änderungen, im Übrigen unverändert, anzunehmen:

1. Artikel 5 wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:
 - , 1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Die Angabe zu § 16j wird wie folgt gefasst:
„§ 16j (weggefallen)“.
 - b) Nach der Angabe zu § 85 wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 86 Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024“.
 - b) Folgende Nummer 7 wird angefügt:
„7. Folgender § 86 wird angefügt:

„ § 86

Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024

(1) §§ 31a Absatz 7 und § 31b Absatz 3 werden mit Ablauf des [einsetzen: Datum 2 Jahre nach Verkündung dieses Gesetzes] aufgehoben.““

2. Artikel 6 wird gestrichen.
3. Der bisherige Artikel 7 wird Artikel 6.
4. Nach Artikel 6 wird folgender Artikel 7 eingefügt:

„Artikel 7

Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes

Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Januar 2015 (BGBl. I S. 33), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. I Nr. 412) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Absatz 8 Satz 1 wird die Angabe „150 000“ durch die Angabe „175 000“ ersetzt.
2. § 4 Absatz 6 wird wie folgt gefasst:

„(6) Ein gleichzeitiger Bezug von Basiselterngeld beider Elternteile ist nur in einem der ersten zwölf Lebensmonate des Kindes möglich. Bezieht einer der beiden Elternteile Elterngeld Plus, so kann dieser Elternteil das Elterngeld Plus gleichzeitig zum Bezug von Basiselterngeld oder von Elterngeld Plus des anderen Elternteils beziehen. § 4b bleibt unberührt. Abweichend von Satz 1 können bei Mehrlingsgeburten und Frühgeburten im Sinne des Absatzes 5 sowie bei Kindern, bei denen eine Behinderung im Sinne von § 2 Absatz 1 Satz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch ärztlich festgestellt wird und bei Kindern, die einen Geschwisterbonus nach § 2a Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Satz 3 auslösen, beide Elternteile gleichzeitig Basiselterngeld beziehen.“

3. In § 28 Absatz 5 Satz 2 wird die Angabe „150 000“ durch die Angabe „200 000“ ersetzt.“

5. Artikel 8 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird die Angabe „2 bis 5“ durch die Angabe „2 bis 6“ ersetzt.

b) Folgender Absatz 6 wird nach Absatz 5 eingefügt:

„(6) Artikel 7 tritt am 1. April 2024 in Kraft.“

c) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 7.

Begründung

Zu Nummer 1

Zu Buchstabe a)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung.

Zu Buchstabe b)

Die Regelungen zum Entzug des Regelbedarfs bei Arbeitsverweigerung sind auf zwei Jahre nach Inkrafttreten befristet. Rechtzeitig vor Auslaufen der Befristung der Regelung soll im Lichte der Evaluationsergebnisse aus der Wirkungsforschung ergebnisoffen eine Entfristung geprüft werden. Die zeitnahe Untersuchung der Wirkungen der Leistungen zur Eingliederung und der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts der Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie der Wirkungen der Arbeitsförderung ist nach § 55 Absatz 1 SGB II gesetzlich normiert und ständige Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit. Unmittelbar nach Verabschiedung des Gesetzes wird das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Rahmen dieses Auftrages mit der Bundesagentur für Arbeit und dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung abstimmen, wie die Neuregelungen zum Entzug der Regelleistung bei Arbeitsverweigerung in die laufende Evaluation des Bürgergeldes einbezogen werden kann.

Zu Nummer 2

Die Anhörung im Haushaltsausschuss am 11. Januar 2024 und die Stellungnahmen der dortigen Sachverständigen wurden sorgfältig ausgewertet und im Zuge

dessen auch die in dem Entwurf für ein Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024 vorgeschlagenen Änderungen im SGB III einer vertieften Prüfung unterzogen. Im Lichte dessen wird an der zunächst vorgesehenen Ausgleichszahlung der Bundesagentur nicht mehr festgehalten. In der Folge wird im Bundeshaushalt die vorgesehene Entnahme aus der Rücklage in 2024 um 1,5 Mrd. Euro erhöht.

Zu Nummer 3

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung.

Zu Nummer 4 (Artikel 7 -neu-, Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes)

Zu Nummer 1 (§ 1 Absatz 8)

Die Grenze des zu versteuernden Einkommens (Einkommensgrenze), ab der der Anspruch auf Elterngeld entfällt, wird für Alleinerziehende auf 175 000 Euro festgelegt.

Zu Nummer 2 (§ 4)

Dem § 4 wurde durch das Haushaltsfinanzierungsgesetz vom 22. Dezember 2023 (BGBl. I Nr. 412) ein neuer Absatz 6 angefügt. Ein gleichzeitiger Elterngeldbezug ist demnach grundsätzlich nicht mehr möglich. Die Ausnahmen von diesem Grundsatz werden in Absatz 6 aufgezählt. Basiselterngeld können die Eltern nur für einen Monat innerhalb der ersten zwölf Lebensmonate des Kindes gleichzeitig beziehen. Wenn der zweite Elternteil Elterngeld Plus bezieht, ist dies weiterhin auch gleichzeitig zum Elterngeldbezug des anderen Elternteils möglich (unabhängig davon, ob dieser Basiselterngeld oder Elterngeld Plus bezieht). Die Regelungen zum Partnerschaftsbonus gelten weiterhin unter den in § 4b genannten Voraussetzungen.

Eltern von Mehrlingen und Frühchen können weiterhin nach Bedarf und ohne Einschränkung auch gleichzeitig Elterngeld beziehen. Dies gilt durch die gefasste Neuregelung nun auch für die Eltern von Kindern mit einer Behinderung. Ob bei diesen Kindern eine Behinderung vorliegt, bestimmt sich nach § 2 Abs. 1 SGB IX (wie auch bei § 3 Absatz 2 Satz 2 Nr. 3 MuSchG). Die Behinderung des Kindes ist ärztlich festzustellen; es bedarf keines Verfahrens nach § 152 SGB IX. Auch Eltern von Geschwisterkindern mit Behinderung, die einen Anspruch nach § 2a Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Satz 3 haben, können Elterngeld ohne Einschränkung parallel beziehen. Die Regelung für behinderte Kinder trägt dem erhöhten Betreuungsaufwand für diese Kinder Rechnung.

Die Regelung in § 4 Absatz 1 Satz 3 bleibt unberührt. Eltern von Kindern mit Behinderung sollen ohne Einschränkung auch gleichzeitig Elterngeld beziehen können. Absatz 6 Satz 4 berechtigt aber nicht zum Basiselterngeldbezug über die Grenze des Absatz 1 Satz 2 hinaus.

Mit der Regelung soll eine langfristig partnerschaftliche Aufteilung von Sorgearbeit und Erwerbstätigkeit beider Elternteile gefördert werden.

Zu Nummer 3 (§ 28)

§ 28 Abs. 5 ist eine Übergangsvorschrift für eine neue Einkommensgrenze, ab der der Anspruch auf Elterngeld ausgeschlossen ist. Für Kinder, die ab dem 1. April

2024 geboren oder mit dem Ziel der Adoption angenommen wurden, gilt vorübergehend die Grenze von 200.000 Euro zu versteuerndem Einkommen. Für Kinder, die ab 1. April 2025 geboren oder mit dem Ziel der Adoption angenommen wurden, gilt die Grenze von 175.000 Euro zu versteuerndem Einkommen.

Zu Nummer 5 (Artikel 8)

Regelung des Inkrafttretens sowie Folgeänderungen. Die Änderungen beim BEEG treten wie die Änderungen des Haushaltsfinanzierungsgesetz vom 22. Dezember 2023 (BGBl. I Nr. 412) zum 1. April 2024 in Kraft.